

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

52. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. Juli 2002, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Monika Schwalm (CDU)

Vorsitzende

Hermann Benker (SPD)

i.V. von Jutta Schümann

Peter Eichstädt (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Dr. Johann Wadephul (CDU)

### **Weitere Abgeordnete**

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Silke Hinrichsen (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Günther Hildebrand (FDP)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht des Innenministers über die Auswirkungen der jüngsten Haushaltsbeschlüsse der Landesregierung auf den Einzelplan 04</b>	<b>5</b>
<b>2. Anhörung</b>	<b>8</b>
<b>Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs und Verbesserung der Einsatzfähigkeit</b>	
hier: Fortsetzung vom 22. Mai 2002	
 Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1703	
 Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1740	
 Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 15/1750	
<b>3. Bericht des Innenministers über die Zukunft der Verkehrserziehung durch Verkehrslehrer der Polizei in Kindergärten und Schulen</b>	<b>11</b>
 Antrag des Abg. Dr. Johann Wadephul (CDU) Umdruck 15/2234	
<b>4. Stellungnahme der Landesregierung zur GdP-Info vom 31. Mai 2002 „Beihilfebearbeitung im Landesbesoldungsamt - unzumutbare, lange Bearbeitungszeiten“</b>	<b>12</b>
 Antrag des Abg. Peter Lehnert (CDU) Umdruck 15/2327	
<b>5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein</b>	<b>13</b>
 Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1768	

**6. Bewerbungen als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2012/2016 14**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1566

**7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - KAG - 15  
des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1834

**8. Verschiedenes 15**

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Innenministers über die Auswirkungen der jüngsten Haushaltsbeschlüsse der Landesregierung auf den Einzelplan 04**

hierzu: Umdruck 15/2399

M Buß berichtet, dass aufgrund der außerordentlich ernsten finanziellen Situation alle Politikfelder tiefe Einschnitte haben hinnehmen müssen. Nach intensiven Gesprächen haben auch für den Bereich der Polizei Einschnitte nicht vermieden werden können. Wichtige Eckpunkte seien jedoch bewahrt worden. Eine ganze Reihe von Bundesländern leiden unter ähnlichen finanziellen Schwierigkeiten. Gleiches gelte für die meisten Kommunen.

Im Jahr 2003 stünden für den Bereich der Polizei insgesamt 347,2 Millionen € zur Verfügung. Dies seien 0,2 % weniger als in 2002. Das Sicherheitspaket bleibe erhalten, allerdings werde zum Beispiel die Besetzung der letzten 25 der 100 zusätzlichen Stellen erst zum 1. August erfolgen. Ähnliches gelte für die bisher noch unbesetzten Stellen des Verfassungsschutzes. Weiterhin Bestand habe das Programm der Beschaffung persönlicher Unterziehwesten für alle Polizeibeamten im Außendienst bis Ende 2003. Hierfür werden insgesamt 3,6 Millionen € zur Verfügung gestellt. Auch das Leasingkonzept für die Fahrzeuge bleibe bestehen. Bis Ende des Jahres 2002 werde die Beschaffung und Installation von 1.500 Computern vollzogen. Dieses Programm werde, wenn auch in 2003 nicht mit der gleichen Schnelligkeit und Intensität, fortgesetzt. Für Instandsetzung und Erweiterung des Polizeiautobahnreviers Bad Oldesloe würden 1,3 Millionen € investiert.

In 2003 sollten insgesamt 198 junge Beamtinnen und Beamte eingestellt werden, um im Jahr 2005 Altersabgänge zu ersetzen und die Vorgaben des Sicherheitspakets zu erfüllen. Bei den Personalkosten gebe es massive Einschnitte. In 2003 werde es erstmalig ein echtes Personalbudget geben. Im Bereich des Innenministeriums habe ein Einsparkorridor von 21 Millionen € erbracht werden müssen. Dabei habe auf Rücklagen zurückgegriffen werden müssen, die über Jahre erarbeitet worden seien. Nach dem augenblicklichen Stand bestehe im Personalkostenbudget eine Unterdeckung, die durch Bewirtschaftung des Budgets aufgefangen werden müsse. Erschwerend sei, dass auch Tariferhöhungen aus diesem Budget zu erwirtschaften seien.

In der Konsequenz müssen eine Reihe von Maßnahmen zurückgestellt, verzögert oder verändert werden. Zum Beispiel müssten Beförderungen und Mehrarbeitsvergütungen sehr differenziert, aber auch konsequent betrachtet werden. Die geplanten Maßnahmen seien in Abwägung der Situation entstanden. Priorität habe auch nach Meinung der Beteiligten die Einstellung junger Leute. M Buß erklärt, er habe entschieden, in 2003 – wie in 2002 – die Beförderungen im Rahmen des Laufbahnverlaufmodells vorrangig zu behandeln. Dies habe aber gravierende Auswirkungen auf die Beförderungsaussichten in den übrigen Bereichen. Die zweigeteilte Laufbahn werde weiter verfolgt. M Buß führt aus, er habe die drohende Situation, keine Einstellungen vornehmen zu können, abwenden können. Die notwendigen Einsparmaßnahmen haben alle Haushaltsbereiche getroffen. Es falle ihm schwer, für den Bereich der Polizei, der ihm am Herzen liege, diese Maßnahmen zu tragen. Er sehe jedoch keinen anderen Weg.

Auf Nachfragen von Abg. Schlie ergänzt M Buß seinen Bericht und erklärt, dass genauere Angaben zur Erwirtschaftung der Tariferhöhungen noch nicht möglich seien, weil noch unklar sei, wie hoch die Tarifabschlüsse sein und wann sie auf den Beamtenbereich übertragen würden. Er bestätigt, dass die Beförderungen im Rahmen des Laufbahnverlaufmodells absoluten Vorrang hätten. Die Überstundenregelung im Rahmen der Umsetzung des Sicherheitspakets ende 2002. Für den Haushalt 2003 stehe bisher eine Summe von 1,4 Millionen € für die Abdeckung von Überstunden zur Verfügung. Für die in 2003 geplanten Neueinstellungen werde es zwei Einstellungstermine geben, nämlich den 1. Februar und den 1. August. Das genaue Verhältnis der Einstellungen zu diesen Terminen hänge auch von den Vorgaben der Ausbildungsstellen ab. Zu der Aufteilung der globalen Minderausgaben könne er derzeit keine Angaben machen. An Einzelheiten dazu werde gearbeitet.

Herr Rehr zeigt sich erleichtert über die Anzahl der einzustellenden Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger. Die Regelung der Mehrarbeitsvergütung sei problematisch. Eine Folge werde weniger Präsenz der Polizei auf den Straßen sein. Weiter bestehe die Frage, was Kolleginnen und Kollegen zu erwarten hätten, die seit längerer Zeit auf eine Beförderung warteten, sich jedoch nicht im Laufbahnverlaufmodell befänden. Er sehe für diese Betroffenen in 2003 keine Perspektive. Der Dienstherr erwarte gute Dienstleistungen. Der Beamte, der diese erbringe, erwarte eine entsprechende Honorierung.

Auch Herr Carstensen sieht das größte Problem im Personalhaushalt. Er erwarte, dass Beamte Monate warten müssten, bis sie an der Tariferhöhung teilnehmen können. Die Situation in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung sei durch hohe Arbeitslast gekennzeichnet. Seit September seien zusätzliche Ermittlungsgruppen eingesetzt, die langfristige Arbeit leisten. Eine Reduzierung der Überstunden bedinge zwangsweise, dass Arbeit liegen bleibe. Mitglieder zusätzli-

cher Ermittlungsgruppen fehlten in ihren originären Dienststellen, wodurch dort Arbeit liegen bleibe. Die Politik müsse entscheiden, wie die Prioritäten zu setzen seien.

Herr Gronau fordert Vertrauensschutz. Er erklärt, dass im Bereich des Digitalfunks in den nächsten Jahren enorme Kostenanstrengungen notwendig seien, die nicht zulasten des Personalhaushalts und damit zulasten von Nichtbeförderungen gehen können, da dies die Frustration innerhalb der Polizei stark erhöhen würde. Im gehobenen Dienst seien Beförderungen über das Laufbahnverlaufmodell hinaus nötig.

M Buß weist darauf hin, dass man sich auf ihn verlassen könne. Wenn es im Rahmen des Laufbahnverlaufmodells – entgegen seiner Anordnungen – in einem Fall nicht zu einer Beförderung gekommen sei, so bitte er um Informationen darüber. In Antwort darauf führt Herr Gronau aus, dass es bei Beförderungen Verzögerungen um drei Monate gegeben habe. Die Kolleginnen und Kollegen seien über Einzelheiten ihrer Beförderung im Unklaren gewesen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Anhörung**  
**Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs und Verbesserung**  
**der Einsatzfähigkeit**  
**hier: Fortsetzung vom 22. Mai 2002**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1703

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1740

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 15/1750

hierzu: Umdrucke 15/2171, 15/2199, 15/2200,  
(überwiesen am 21. März 2002)

- Minister Klaus Buß
- Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein
- Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Schleswig-Holstein
- Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Landesverband Schleswig-Holstein

**4. Konzept zur Personalgewinnung und Attraktivitätssteigerung bei der Landespolizei/Einstellung in den gehobenen Dienst auch für Realschulabsolventen.**

M Buß erklärt, dass eine Reduzierung des Personalkostenbudgets zwangsläufig nicht die Attraktivität des Polizeiberufs steigern würde. Personal müsse jedoch gewonnen werden. Hier gebe es erhebliche Konkurrenz. Die Bewerbersituation sei nach wie vor recht gut. In 2001 habe es insgesamt 2.757 Bewerberinnen und Bewerber gegeben. Aus dem Hamburger Raum seien 22,6 % aller Bewerbungen gekommen. Eingestellt worden seien insgesamt 230 Bewerber.

Um dieses positive Bewerberniveau zu halten, würden die flächendeckenden Beratungs- und Werbemaßnahmen mit bestimmten geographischen Schwerpunkten intensiviert. Es werde ferner versucht, das Einstellungsverfahren zeitlich zu straffen. Außerdem sei eine inhaltliche Modifikation des Verfahrens geplant. Bewerber mit besonderen Qualifikationen sollten in Absprache mit den Gewerkschaften Zugang erhalten. Neben der Werbe- und Einstellungsstelle in



Eutin gebe es nebenamtliche Einstellungsberater, die bei den Polizeidirektionen und Polizeiinspektionen angesiedelt seien und auch Schulen und Arbeitsämtern ständig mit Informationen zur Verfügung stünden.

Herr Rehr bestätigt, dass es in Schleswig-Holstein eine relativ hohe Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern aus anderen Bundesländern gebe. Die Folge sei allerdings auch eine hohe Anzahl von Versetzungsanträgen. Da Schleswig-Holstein für den mittleren Dienst ausbilde, sei der Dienst hier Anziehungspunkt für Bewerber aus anderen Bundesländern. Weiter verweist Herr Rehr auf den Jahresbericht der PD AFB, aus dem für Schleswig-Holstein eine Abbruchbeziehungsweise Durchfallquote von 20 % hervorgehe. Diese sei im bundesweiten Vergleich zu hoch.

Herr Carstensen lobt die guten Einstellungsbedingungen für den gehobenen Dienst der Kriminalpolizei in Schleswig-Holstein. Der Beruf des Kriminalbeamten oder Polizeibeamten müsse attraktiv sein, denn er sei auf Lebenszeit angelegt.

M Buß unterstreicht die Notwendigkeit, die Einstellungsbedingungen von Ausländern, die im Polizeidienst sehr erwünscht seien, zu modifizieren. Hier gebe es Verbesserungsbedarf. Er widerspricht den Ausführungen von Abg. Schlie, indem er sagt, dass die Anzahl der Bewerbungen sehr wohl das Ansehen des Polizeiberufs in der Bevölkerung widerspiegele. Im Jahr 2001 habe es 8.000 Anfragen von Interessenten gegeben.

Von Abg. Schlie auf die besondere Situation der Bewerbungen aus Hamburg angesprochen, antwortet M Buß, dass der Anteil von 22,6 % der Bewerbungen aus Hamburg hoch sei. Das Problem sei jedoch, dass ausgebildete Beamte wieder abwanderten. Ihm sei vorgetragen worden, dass Beamte, die nicht aus der Region stammen, ungern in Pinneberg lebten und arbeiteten. Weiterhin seien die Lebenshaltungskosten im Hamburger Umland höher als in Schleswig-Holstein. Der Hauptgrund sei allerdings, dass viele Beamte den Wunsch haben, ein Haus zu bauen, in diesen Regionen jedoch keine bezahlbaren Grundstücke zu finden seien. Zur Lösung dieses Problems könnten die Kommunen beitragen, indem sie günstige Grundstücke zur Verfügung stellten.

Auf eine Frage von Abg. Rother zur Qualität der Bewerber bittet M Buß, zu einem späteren Zeitpunkt detaillierter dazu berichten zu können. Das Einstellungsverfahren werde geprüft und aktualisiert. Festzustellen sei jedoch, dass bei den Bewerbern durchgehend körperliche Defizite vorhanden seien.

Auf Wunsch des Ausschusses sagt M Buß zu, detaillierte Zahlen zu Bewerbungen und Einstellungen in den Polizeivollzugsdienst Schleswig-Holstein nachzureichen (Umdruck 15/2399). In Ergänzung dazu ist laut Auskunft des Innenministeriums der Prozentsatz der Dienstabbrecher nach einem Jahr mit 80 bis 90 % am höchsten. Ungefähr 10 % der Auszubildenden brechen den Dienst nach ein bis zwei Wochen, beziehungsweise nach zwei Jahren ab.

Der Ausschuss kommt überein, dass zu den Punkten 5, **Einrichtung einer zweiten Einsatzhundertschaft**, und 7, **IT-Ausstattung**, aus Umdruck 15/2200 angesichts der Ausführungen des Ministers unter Tagesordnungspunkt 1 kein weiterer Informations- und Diskussionsbedarf bestehe.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Innenministers über die Zukunft der Verkehrserziehung durch Verkehrslehrer der Polizei in Kindergärten und Schulen**

Antrag des Abg. Dr. Johann Wadephul (CDU)

Umdruck 15/2234

M Buß berichtet, dass die Polizeidirektionen in der Gestaltung der Verkehrserziehung eigenverantwortlich seien. Es gebe jedoch Vorgaben. Die Kindergärten, Kindertagesstätten und ähnlichen Einrichtungen sollen überwiegend durch die drei Handpuppenbühnen der Landespolizei bedient werden, wodurch ein flächendeckender Einsatz im Umlauf von jeweils zwei Jahren beabsichtigt sei. Dadurch werde jedes Kind dieser Einrichtungen erreicht. Die personelle Besetzung der Puppenbühnen solle zukünftig durch Berufspuppenspieler oder Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamte im Ruhestand oder auf Honorarbasis erfolgen. Dadurch werde die Freisetzung der Vollzugsbeamten für andere Aufgaben erreicht. Das Puppenspiel werde jedoch stets durch einen aktiven Polizeibeamten begleitet.

Die Verkehrserziehung an den Schulen erfolge durch polizeiliche Verkehrslehrer. Die Aufgabenzuweisungen kriminalpräventiver Verzahnungsansätze seien kindgerecht zum Beispiel auf Themen wie Hinweis auf den Polizeiberuf, Ruf 110, Anlaufstellen bei Gefahren, Aggression, Gewalt und Rücksichtnahme sowie Kinder als Zeugen festgelegt. Ein zukünftiger Arbeitsschwerpunkt der Verkehrslehrer werde in der Sekundarstufe II gesehen. Diese Gruppe sei überproportional an schweren Verkehrsunfällen beteiligt.

Neu angeboten werde die polizeiliche Unterstützung des Einsatzes so genannter Schulweg- oder Schulbusbegleiter. Dies schließe Schülerlotsen ein. Die Organisation dieser Maßnahmen erfolge durch die Einrichtung von Präventionsstellen, denen die polizeilichen Verkehrslehrer zugeordnet werden. Diese Veränderungen bedeuten weder inhaltlich noch personell einen Rückzug aus der bisher geleisteten Arbeit.

Auf Rückfrage von Abg. Dr. Wadephul erläutert AL Ziercke, dass sich die angesprochene Verteilung auf die Reviere auf die spezifische Situation in Kiel beziehe.

In Antwort auf eine Frage von Abg. Hinrichsen sagt M Buß, dass alle Kindergärten einbezogen seien.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Stellungnahme der Landesregierung zur GdP-Info vom 31. Mai 2002  
„Beihilfebearbeitung im Landesbesoldungsamt - unzumutbare, lange Be-  
arbeitungszeiten“**

Antrag des Abg. Peter Lehnert (CDU)  
Umdruck 15/2327

OAR Wiebelt berichtet, dass sich die Bearbeitungszeiten verlängert haben. Durch Umorganisation und Eigeninitiativen im Landesbesoldungsamt seien die zu bearbeitenden Fälle jedoch reduziert worden. Diese hätten im Mai bei etwa 10.000 gelegen. Aktuell seien es noch 6.100 Fälle. Allerdings steigen die Bearbeitungszeiten in der kommenden Urlaubszeit erfahrungsgemäß wieder an. Ohne eine Verbesserung der Personalsituation seien keine Verkürzungen der Bearbeitungszeiten möglich. Er weist auf die Möglichkeit der Betroffenen hin, bestehende Rechnungen erst nach sechs bis acht Wochen zu begleichen. Abg. Lehnert macht deutlich, dass es Beamten im öffentlichen Dienst kaum zuzumuten zu sei, Mahnungen hinzunehmen.

Weiter erläutert OAR Wiebelt, dass das Bearbeitungsverfahren nicht weiter zu vereinfachen sei. Die Materie werde immer schwieriger und die Fluktuation der Mitarbeiter im Landesbesoldungsamt sei hoch, wodurch Einarbeitungszeiten einzurechnen seien. Weiterhin habe es zum Ende des letzten Jahres eine Rechnungsflut gegeben, die größtenteils durch die Währungsumstellung bedingt gewesen sei. Insgesamt seien zusätzlich zu den vorhandenen 170 Mitarbeitern vier weitere Mitarbeiter eingestellt worden. Nunmehr würden Rechnungen, die länger als drei bis vier Wochen unbearbeitet seien, auf andere Sachgebiete verteilt und bearbeitet. Dies werde zu einer Erleichterung der Situation führen. In Antwort auf Anmerkungen von Abg. Hinrichsen erläutert OAR Wiebelt, dass vonseiten der Ärzte keine Beschwerden vorlägen.

Die Vorsitzende greift Anregungen von Abg. Dr. Wadephul auf und fasst diese zusammen: Dem zuständigen Finanzausschuss werde die Empfehlung zugeleitet, sich über die Situation berichten zu lassen, damit gegebenenfalls noch einmal über die Personalsituation nachgedacht werde.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1768

hierzu: Umdrucke 15/2206, 15/2306

(überwiesen am 15. Mai 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

- Verfahrensfragen -

Die Vorsitzende berichtet, dass der Finanzausschuss anrege, gemeinsam mit dem Innen- und Rechtsausschuss zu diesem Thema eine ganztägige Anhörung durchzuführen, wobei die Federführung beim Innen- und Rechtsausschuss liegen werde. Als Termin schlägt der Ausschuss den 18. September 2002, 10 Uhr vor.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bewerbungen als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2012/2016**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1566

(überwiesen am 22. März 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

hier: Festlegung eines Termins für eine Präsentation

Der Ausschuss beschließt, am 4. September 2002, 10 Uhr, zusammen mit den beteiligten Ausschüssen Präsentationen der Bewerberstädte Hamburg, Kiel und Lübeck entgegenzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes -  
KAG - des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1834

(überwiesen am 15. Mai 2002)

- Verfahrensfragen -

Abg. Puls vertritt die Auffassung seiner Fraktion, dass das Anhörungsverfahren bereits eingeleitet werden könne. Zunächst sollen schriftliche Stellungnahmen erbeten werden, an die sich gegebenenfalls eine mündliche Anhörung anschließen könne. Grundlage der schriftlichen Anhörung sollen nicht nur der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, sondern auch möglicherweise vorhandene schriftliche Stellungnahmen des Innenministeriums sein.

Abg. Schlie ergänzt und schlägt vor, den Innenminister zu bitten, auf der Grundlage aller bekannten Probleme einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Der Ausschuss nimmt den Vorschlag von M Buß an, dass das Innenministerium zu dem Gesetzentwurf der FDP Stellung nehmen und einen eigenen Vorschlag erarbeiten werde.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung um 15:55 Uhr.

gez. Monika Schwalm

Vorsitzende

gez. Martina Klimkeit

Protokollführerin